

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 19. Sitzung des Rates
vom 26.03.2020
Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

Herr Maximilian Busch

Herr Alexander Dohe

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Herr Torsten Neumann

Frau Silke Schäfer

Herr Horst Sievert

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Monika Bruning

Herr Heiner Hundeling

Frau Imke Märkl

Frau Elisabeth Nagels

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rothert

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Michael Kruse

Herr Dieter Sieksmeyer

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anke Wittemann

ab TOP 8

Herr Jürgen Kieseckamp

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Josef Riepe

Verwaltung

Herr LSBG Hartmut Greife

Herr Udo Müller

Herr Wolfgang Stiegemeyer

Herr ESTR Ulrich Willems

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Roswitha Brinkhus
Frau Annegret Christ-Schneider
Herr Karl-Georg Görtemöller
Frau Anke Hennig
Frau Ute Johannis
Herr Klaus Kossak

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding
Frau Monika Bruning
Herr Jan-Gerd Bührmann
Herr Rainer Höveler
Herr Sascha Kollenberg
Frau Katrin von Dreele

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Barbara Pöppe
Herr Dr. Marius Thyé
Frau Miriam Thyé

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jan Beinke

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Bernhard Rohe

Beginn: 18:00 Ende: 19:10

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2019
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Mandatsverlust durch Verzicht im Stadtrat Bramsche WP 16-21/0763
- 7 Verpflichtung sowie Pflichtenbelehrung des neuen Ratsmitgliedes
- 8 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen
 Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in
 Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen
- 8.1 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Soziales und Sport WP 16-21/0766

8.2	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung	WP 16-21/0767
8.3	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur	WP 16-21/0778
8.4	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur	WP 16-21/0780
9	Neufassung der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche	WP 16-21/0731
9.1	Neufassung der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche	WP 16-21/0731-1
10	Beschluss über die Feststellung des konsolidierten Gesamtabchlusses 31.12.2012 (Gesamtabschluss 2012)	WP 16-21/0765
11	Ernennung des Stadtbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche	WP 16-21/0762
12	Neufassung der Satzung der Stadt Bramsche über die Erhebung von Friedhofsgebühren	WP 16-21/0651
12.1	Neufassung der Satzung der Stadt Bramsche über die Erhebung von Friedhofsgebühren	WP 16-21/0651/1
13	38. Flächennutzungsplanänderung - Ortsteil Pente - Feststellungsbeschluss - Bezugsvorlagen: WP 16-21/0386, WP 16-21/0704	WP 16-21/0772
14	Bebauungsplan Nr. 167 "Gemeinschaftsstiftung Hof Pente", mit örtlichen Bauvorschriften - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) - Bezugsvorlagen: WP 16-21/0387, WP 16-21/0711	WP 16-21/0773
15	Bebauungsplan Nr. 45 "Zwischen Engterstraße und Malgartener Straße", 4. Änderung - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) - Bezugsvorlage WP 16-21/0712	WP 16-21/0771
16	Bebauungsplan Nr. 40 "Hesepe- Mitte", 3. Änderung - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) - Bezugsvorlagen: WP 16-21/0625 und WP 16-1/0700	WP 16-21/0768
17	Bebauungsplan Nr. 86 "Auf dem Diek", 1. Änderung - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) - Bezugsvorlage WP 16-21/0653	WP 16-21/0769
18	Beantwortung von Anfragen	
19	Anfragen und Anregungen	
20	Einwohnerfragestunde	

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stellv. RV Rothert begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Stv. RV Rothert teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte (TOP) 10 „Beschluss über die Feststellung des konsolidierten Gesamtabchlusses 31.12.2012 (Gesamtabschluss 2012)“ WP 16-21/0765, TOP 12 „Neufassung der Satzung der Stadt Bramsche über die Erhebung von Friedhofsgebühren“ WP 16-21/0651, TOP 12.1 „Neufassung der Satzung der Stadt Bramsche über die Erhebung von Friedhofsgebühren“ WP 16-21/0651/1 und TOP 14 „Bebauungsplan Nr. 167 "Gemeinschaftsstiftung Hof Pente", mit örtlichen Bauvorschriften - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) - Bezugsvorlagen: WP 16-21/0387, WP 16-21/0711“ WP 16-21/0773 von der Tagesordnung gestrichen werden müssen.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2019

Stellv. RV Rothert lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 05.12.2019 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters

Siehe Anlage zum Protokoll.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

1. Eine Bürgerin berichtet, dass sie vor ein paar Tagen bei einer Besprechung zum Genehmigungsverfahren Bergschneider gewesen wäre. Dort habe sie erfahren, dass in der Ausschreibung vom Bund zur A 1 eine zentrale und zentrumsnahe Verladestelle für die Gefahrenstoffe vom Straßenabbruch berücksichtigt wurde. Bergschneider wäre einer der Orte, an denen die Stoffe verladen werden könnten. Dem würde sie auch so zustimmen. Das Problem wäre dann allerdings der erhöhte LKW-Verkehr, der dann auf der Straße wäre. Die Firma Dallmann soll nun auch einen solchen Antrag gestellt haben. Sie möchte gerne wissen, ob man sich in diesem Zusammenhang von Seiten der Stadt Bramsche Gedanken über den Unfallschwerpunkt Kreuzung Lappenstuhl, Engter, Kalkriese gemacht habe. Sie fragt, ob man beim Bund nicht nachfragen könne, dass im Zuge der notwendigen Arbeiten auch an dem e.g. Unfallschwerpunkt eine Änderung zum Beispiel durch einen Verkehrskreisel vorgenommen werden könnte. In Engter scheint ein Ausbau ja nun auch möglich zu sein.

TOP 8.3 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur WP 16-21/0778

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Frau Anette Staas-Niemeyer tritt als Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur Frau Anke Wittemann.

Stellv. RV Rothert lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0778 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 8.4 Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur WP 16-21/0780

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Schule und Kultur fest:

An die Stelle von Frau Anke Wittemann tritt als Lehrervertreter gem. § 13 Geschäftsordnung des Rates Frau Kerstin Tieste.

An die Stelle des stellv. Mitgliedes tritt Herr Hans-Hermann Dickmann.

Stellv. RV Rothert lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0780 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 9 Neufassung der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche WP 16-21/0731

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche vom 05.12.2019 wird in der Fassung des anliegenden Satzungsentwurfes beschlossen.

Siehe TOP 9.1

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Bramsche vom 05.12.2019 wird in der Fassung des anliegenden Satzungsentwurfes beschlossen.

RM Lübbe erläutert kurz die Vorlage.

RM Quebbemann schlägt vor, den Zeitraum der Stundung von einem Jahr auf 6 Monate zu ändern.

	Neue Regelung
Stundung: Bürgermeister/ Bürgermeisterin	bis 1 Jahr 6 Monate in uneingeschränkter Höhe, darüber hinaus bis 50.000,00 €
VA	alle übrigen Fälle

RM Staas-Niemeyer ist der Meinung, dass die Satzung eine traurige Aktualität bekommen wird. Durch die Corona Krise habe jeder enorme Auswirkungen, aber für unsere Bramscher Gewerbebetriebe werde es zum großen Teil existenzbedrohend sein. Durch die fehlenden Einnahmen sei die Zahlungsfähigkeit extrem und ganz schnell bedroht. Es sei schnelle Hilfe erforderlich, um Insolvenzen zu vermeiden. Bund und Länder hätten zwar viele Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, aber wann das bei den Einzelnen ankomme, wisse man nicht. Alle Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene im vertretbaren Rahmen gemacht werden können und die sofort und direkt ankommen, müssen ihrer Meinung nach auch sofort getan werden. Ihre Fraktion hatte geplant einen Dringlichkeitsantrag für diese Ratssitzung zu stellen. Inhalt des Antrages sollte sein, dass für alle Gewerbebetriebe die Gewerbesteuvorauszahlungen pauschal, ohne weitere Prüfung der Voraussetzungen, für zunächst drei Monate gestundet werden. Das entlaste die Firmen sofort und wäre kein Verzicht auf Einnahmen. Es wäre aber ein Signal an die Firmen, dass die Politik und die Verwaltung sie nicht alleine lasse. Aber aufgrund der Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) war die Antragstellung erst zur nächsten Verwaltungsausschusssitzung möglich. Sie bitte dennoch darum, dass die Gewerbesteuvorauszahlungen zum jetzigen Zeitpunkt zu mindestens nicht angemahnt werden. Sie weist darauf hin, dass der Bürgermeister gemäß der vorliegenden Satzung Beträge bis nunmehr 6 Monate in uneingeschränkter Höhe stunden könne und bittet darüber nachzudenken, die Gewerbesteuer für drei Monate eventuell nicht anzumahnen und auf die Verzugszinsen zu verzichten. Sie ist der Meinung, dass ein politisches Handeln im Moment wichtiger sei, als eine Buchstabengetreue enge Auslegung der Vorschriften.

ESTR Willems erklärt, dass die Verwaltung mit eingehenden Anträgen so unbürokratisch wie möglich umgehen wird. Er müsse jedoch darauf verweisen, dass am heutigen Tage ein Erlass des niedersächsischen Innenministeriums eingegangen sei, der besage, dass bei den zu treffenden Maßnahmen, also gerade bei Stundungen, darauf geachtet werden müsse, dass die Belastungen und

Geschäftsausfälle in einer Krise durchaus unterschiedlich sein können und deswegen ein Pauschalverfahren nicht in Betracht komme. Die nachweislich und unmittelbar Betroffenen haben erleichterte Nachweismöglichkeiten und es sollen Anträge nicht deswegen zurückgewiesen werden, weil im Moment nur glaubhaft gemacht, aber noch nicht nachgewiesen werden könne, welche Ausfälle passieren. Die Verwaltung werde damit entsprechend umgehen, aber man komme nicht umhin, jeden einzelnen Fall zu bescheiden, denn die Verwaltung muss sich an einen solchen Erlass halten.

ESTR Willems teilt mit, dass für die Fälle, die aufgrund der höheren Wertgrenzen bei Niederschlagung und Erlass nicht mehr das Gremium per Vorlage erreichen, einmal jährlich eine Informationsvorlage zur Kenntnisnahme erstellt werde.

RM Quebbemann hält es für sicher richtig, dass Bramscher Betriebe in unterschiedlicher Art und Weise erheblich leiden und die Kommunalpolitik aufgefordert sei, zu helfen, wo geholfen werden kann. Aber generelle Dinge wie Stundungen von Gewerbesteuern und andere Dinge, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Kommunen fallen, werden seiner Meinung nach sehr gut auf Landes- und Bundesebene geregelt. Seine Fraktion halte es nicht für einen guten Zeitpunkt, sich parteipolitisch mit Anträgen zu überbieten, sondern der Rat solle weiterhin in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam in dem Geiste, in dem auch diese Sitzung verabredet (Pairingverfahren, Fachausschüsse) worden ist, die Herausforderungen dieser Pandemie angehen. RM Quebbemann bedankt sich ausdrücklich bei RM Neils für die gute Zusammenarbeit im Vorfeld dieser Ratssitzung.

RM Neils ist ebenfalls der Meinung, dass es den Bramscher Betrieben schlecht gehe und sie vor einer ungewissen Zukunft stehen. Aber der Rat müsse erst prüfen und dann handeln. Der Bürgermeister habe es bereits gesagt, dass ein Nachtragshaushalt erstellt werden müsse. Ebenso wird über eine Haushaltssperre und ähnliche Maßnahmen nachgedacht werden müssen. Die Stadt Bramsche werde mit Sicherheit im Bereich der Gewerbesteuer Millionenverluste haben, so dass genau geprüft werden muss, welche Planungen wirklich durchgeführt und welche gestrichen werden müssen. Zum derzeitigen Zeitpunkt könne niemand sagen, wie das Haushaltsjahr 2020 enden wird, man müsse aber davon ausgehen, dass die Auswirkungen der jetzigen Krise noch in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 zu merken sein werden. Es wäre zu wünschen, dass man so gut daraus komme, wie zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2009/2010, als relativ schnell Förderprogramme und andere öffentliche Maßnahmen umgesetzt wurden. Die Anregung der FDP-Fraktion sei grundsätzlich gut, aktuell müsse man sich aber auf das beschränken, was die Kommune tatsächlich beeinflussen kann.

Stellv. RV Rothert lässt über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Änderung (bis ~~1 Jahr~~ **6 Monate**) der Vorlage WP 16-21/0731-1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
23 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 10 Beschluss über die Feststellung des konsolidierten WP 16-21/0765
Gesamtabschlusses 31.12.2012 (Gesamtabschluss 2012)

TOP zurückgestellt.

TOP 11 Ernennung des Stadtbrandmeisters der Freiwilligen WP 16-21/0762
Feuerwehr der Stadt Bramsche

RM Sieksmeyer bestätigt grundsätzlich die unverändert große Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken und deshalb ist es richtig im Rahmen der Innenverdichtung den Satzungsbeschluss zu fassen. Was seine Fraktion jedoch nicht für richtig empfindet ist, dass lediglich Einzel- und Doppelhausbebauung, jedoch keine Hausgruppen oder Reihenhausbau zugelassen werden sollen. Es sei über 9.000 qm Fläche vorhanden, es soll jedoch minimal 10, maximal 20 Wohneinheiten geschaffen werden. In den Breslauer Höfen seien 6.500 qm vorhanden und geschaffen werden 58 Wohneinheiten. Bei einem schonenden Umgang mit Ressourcen und bei gleichzeitiger Stillung der Nachfrage nach Wohnraum wäre ein höherer Wohnbesatz möglich. Nachteilig wäre hier auch, dass die Stadtwerke Bramsche signalisiert habe, dass bei einer geringeren Wohneinheitenentwicklung eine Nahwärmeversorgung wirtschaftlich nicht darstellbar wäre. Dies wäre als Keimzelle für die Nahwärmeversorgung in Hesepe jedoch wünschenswert gewesen. Seine Fraktion wird aus diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen.

RM Riepe erklärt, dass seine Fraktion die Linke aus denselben Gründen, wie durch RM Sieksmeyer vorgetragen, der Vorlage nicht zustimmen wird.

RM Sievert berichtet, dass im Ortsrat Hesepe über das Für und Wider der Reihenhausbauung diskutiert wurde. In dem Bereich würde eine Reihenhausbauung der bestehenden Bebauung völlig konträr gegenüberstehen. Deswegen wurde im Ortsrat letztendlich beschlossen, eine solche Bebauung nicht zuzulassen, sondern es bei einer Einzel- oder Doppelhausbebauung bzw. den Bau von Zweifamilienhäusern zu belassen, damit es sich in das gegebene Ortsbild einfügt.

RM Quebbemann erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion auf die Wünsche des Ortsrates Hesepe Rücksicht genommen werden sollte. Außerdem zeige sich anhand der langen Wartelisten, dass erfahrungsgemäß die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern definitiv am größten gewesen sei. Das wäre das, was sich die Bürger am meisten wünschen und daher sollte man auf die vielen Nachfragen reagieren und dementsprechend die Voraussetzungen schaffen.

RM Sieksmeyer ist jedoch der Meinung, dass es nicht nur um die Nachfrage gehe, sondern auch um die Wohnbaubedarfsprognose, die die Stadt Bramsche vom Landkreis erhalten und die die Bauverwaltung für Bramsche hochgerechnet habe. Danach hat die Stadt Bramsche tatsächlich Bedarf nach insbesondere kleineren Wohneinheiten für ein bestimmtes Klientel. Er ist der Meinung, dass man dem auch nachkommen und nicht nur dem Nachfragebedarf nachgeben solle.

RM Staas-Niemeyer zählt im Hinblick auf die Wohnbaubedarfsprognose auf, was aktuell mit den „Breslauer Höfen“, am „Bahnhofsumfeld“ und am „Penter Weg“ umgesetzt werde und ist der Meinung, dass die Stadt Bramsche auf einem sehr guten Weg wäre. Sie könne daher RM Quebbemann zustimmen, dass auch nach der definitiv vorhandenen Nachfrage geschaut werden solle und nicht einfach was zu planen, was dann nicht gewünscht werde.

Stellv. RV Rothert lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0768 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
21 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 17 Bebauungsplan Nr. 86 "Auf dem Diek",1. Änderung WP 16-21/0769
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlage WP 16-21/0653

Beschlussvorschlag:

3. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und soweit abwägungsbeachtlich – in der beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung / Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
4. Der Bebauungsplan Nr. 86 „Auf dem Diek“, 1. Änderung, wird gemäß § 10 BauGB in der vorliegenden Fassung einschließlich der dazugehörigen Begründung als Satzung beschlossen.

RM Bergander trägt den Inhalt der Beschlussvorlage vor.

Stellv. RV Rothert lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0769 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
24 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 18 Beantwortung von Anfragen

Liegt in schriftlicher Form vor.

TOP 19 Anfragen und Anregungen

RM Sievert berichtet von einem Schreiben, welches vom 1. Vorsitzenden des Sportvereins bzgl. der Schule / Sporthalle in Hesepe an die Stadt Bramsche und den Ortsrat Hesepe gerichtet worden ist. Im Bereich der Sanitäreanlagen würde dort dringender Renovierungsbedarf bestehen. Auch auswärtige Spieler würden dort eine sehr unerfreuliche Situation vorfinden, wie z.B. verrostete Metallbereiche (Rohre, Heizkörper), kaputte Fliesen, die Wasserleitungen geben bei Warmwasser nur kaltes Wasser und bei Kaltwasser warmes Wasser ab. Er würde dringend dafür plädieren, dass diese Mängel abgestellt werden.

LSBD Greife teilt mit, dass auf das Schreiben bereits reagiert wurde. Dem Frage-/Antragsteller wurde mitgeteilt, dass über die Maßnahmen bei den nächsten Haushaltsplanberatungen diskutiert werden wird. Grundsätzlich sei aber zu sagen, dass bei der letzten Sportstättenbesichtigung der Zustand der Halle nichts so vorgefunden wurde, wie er in dem Schreiben beschrieben wäre. Deutliche Mängel habe es tatsächlich bei der Reinigung gegeben. Dieses Problem sei aber in dieser Woche angegangen worden und werde kurzfristig abgestellt.

RM Quebbemann berichtet, dass er in dieser Sache am 14.03.2020 eine Anfrage an den Bürgermeister gestellt habe mit der Bitte mitzuteilen, wann die Mängel behoben werden. Er sei nun erstaunt zu hören, dass es eine Antwort an den Frage-/Antragsteller geben solle, er selber aber noch keine Antwort auf seine Anfrage erhalten habe.

BGM Pahlmann entschuldigt sich dafür, dass er diese Anfrage versehentlich übersehen habe.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob bei genehmigten privaten Bauvorhaben kontrolliert werde, dass die Bauvorschriften auch eingehalten werden. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass in Hesepe z.B. nach Belieben eigene Einfahrten errichtet werden, die zum Teil auch verkehrsgefährdend seien. Auch die errichteten Zäune hätten die erlaubte Höhe von 1,50 m überschritten. Wenn man dann bei der Stadt Bramsche Bescheid gebe, erhalte man die Aussage, dass das kontrolliert werde, im Ergebnis ändere sich aber nichts an der Situation.

LSBD Greife erklärt, dass selbstverständlich Kontrollen erfolgen. Er benötige jedoch genauere Informationen über das konkrete Bauvorhaben, um eine genauere Prüfung vornehmen zu können. Er bittet die Bürgerin ihm eine Mail mit den genauen Ortsangaben und den bemängelten Dingen zukommen zu lassen.

Ernst-August Rothert
Stv. Vorsitzender

BGM Heiner Pahlmann
Verwaltung

Udo Müller
Protokollführer